

Zürich, 20. November 2025

Medienmitteilung

Flughafen-Nachtruhe-Initiative

GLP setzt sich mit Gegenvorschlag ohne Verbote für Nachtruhe ein

Die Initianten der Flughafen-Nachtruhe-Initiative wollen dem Flughafen Zürich verspätete Nachtflüge faktisch verbieten. Ein solches Verspätungsverbot hätte für den Wirtschaftsstandort Zürich grosse Nachteile. Auch die Grünliberalen wollen die Bevölkerung vor Lärm schützen, lösen das Problem in ihrem Gegenvorschlag aber pragmatisch. Jetzt ist klar: Der Gegenvorschlag der Grünliberalen wird auch von der Kommissionsmehrheit unterstützt.

Der Flughafen Zürich hat ein akutes Verspätungsproblem. Im Sommer 2024 war fast jeder zweite Flug verspätet. Im für Verspätungsabbau gedachten Zeitraum zwischen 23 und 23.30 Uhr wird praktisch täglich gestartet und gelandet. Die Initianten fordern mit der Flughafen-Nachtruhe-Initiative zwischen 23 und 6 Uhr eine strikte siebenstündige Nachtruhe am Flughafen Zürich, was faktisch ein Verspätungsverbot bedeutet - mit grossen wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Grünliberalen lehnen die Initiative klar ab, weil ihnen der Flughafen Zürich als starke internationale Drehscheibe, bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber wichtig ist.

Daniel Rensch, Kantonsrat und Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), erklärt: „Die Grünliberalen haben einen Gegenvorschlag entwickelt, der von der Kommissionsmehrheit unterstützt wird. Mit dem Gegenvorschlag wird die Regierung aufgefordert, gemeinsam mit dem Flughafen das Verspätungsproblem zu reduzieren. Obwohl durch das Bundesrecht enge Vorgaben gelten, soll sich die Regierung für mehr Lärmschutz für die Bevölkerung einsetzen.“

Christa Stünzi, Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin: „Weder die Initiative noch der Gegenvorschlag können Flugverspätungen nach 23 Uhr vollständig verhindern. Aber mit unserem Gegenvorschlag, der eine progressive Lärmgebühr nach 23 Uhr verlangt, führen wir einen marktwirtschaftlichen Mechanismus ein, der Anreize für weniger Fluglärm in der Nacht setzt. Mit einer jährlichen Flughafendebatte im Kantonsrat soll in Zukunft zudem die politische Diskussion in vernünftige Bahnen gelenkt werden.“

Kontaktpersonen für Medienanfragen

Daniel Rensch, Kantonsrat, Mitglied der Kommission KEVU, 079 342 35 19

Christa Stünzi, Fraktionspräsidentin, 079 771 76 63